

GESCHÄFTSORDNUNG

der Verbandsversammlung

des Zweckverbandes

"Flugplatz Bitburg"



Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am _____ auf Grund des § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 des Landesgesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) vom 22.12.1982 (GVBl. S. 476) zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 02.03.2017 (GVBl. S. 21) in Verbindung mit § 37 Gemeindeordnung (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.05.2023 (GVBl. S. 133) die folgende Geschäftsordnung beschlossen:

Präambel

Soweit in dieser Geschäftsordnung Funktions- und Tätigkeitsbezeichnungen in der männlichen Form verwendet wurden, ist darunter auch die jeweilige weibliche Form zu verstehen. Zur Gewährleistung der besseren Lesbarkeit der Geschäftsordnung wurde darauf verzichtet, in jedem Einzelfall beide Formen in den Text aufzunehmen.

INHALTSÜBERSICHT

1. Abschnitt

ALLGEMEINES

§ 1	Einberufung zu den Sitzungen	5
§ 2	Form und Frist der Einladung	5
§ 3	Tagesordnung	6
§ 4	Bekanntmachung der Sitzungen	7
§ 5	Öffentlichkeit der Sitzungen	7
§ 6	Digitale Sitzungsteilnahme	8
§ 7	Teilnahme weiterer Personen an den Sitzungen	10
§ 8	Schweige- und Treuepflicht	10
§ 9	Beschlussfähigkeit der Verbandsversammlung	11
§ 10	Ausschluss von der Beratung und Entscheidung	11

2. Abschnitt

DER VERBANDSVORSTEHER UND SEINE BEFUGNISSE

§ 11	Vorsitz in der Verbandsversammlung	12
§ 12	Ordnungsbefugnisse	13
§ 13	Ausübung des Hausrechts	13

3. Abschnitt

ANTRÄGE IN DER SITZUNG

§ 14	Allgemeines	14
§ 15	Sachanträge	14
§ 16	Anträge zur Tagesordnung, Dringlichkeitsanträge	14
§ 17	Änderungs-, Ergänzungs- und Überweisungsanträge	15
§ 18	Anträge zur Geschäftsordnung	15

4. Abschnitt

ANFRAGEN

§ 19	Anfragen	15
------	----------	----

5. Abschnitt

DURCHFÜHRUNG DER SITZUNG, ABSTIMMUNGEN, WAHLEN

§ 20	Eröffnung und Ablauf der Sitzung	16
§ 21	Redeordnung	17
§ 22	Beschlussfassung	18
§ 23	Reihenfolge der Abstimmung	18
§ 24	Wahlen	19
§ 25	Niederschrift	20

6. Abschnitt

AUSSCHÜSSE / VERBANDSVORSTEHER

§ 26	Wahl der Ausschussmitglieder und deren Stellvertreter	21
§ 27	Vorsitz in den Ausschüssen	21
§ 28	Einberufung zu den Sitzungen der Ausschüsse	21
§ 29	Arbeitsweise	22
§ 30	Aufgaben des Verbandsausschusses	22
§ 31	Anhörung	22
§ 32	Aufgaben des Verbandsvorstehers	23

7. Abschnitt

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 33	Aushändigung der Geschäftsordnung	23
§ 34	Abweichungen von der Geschäftsordnung	23

1. Abschnitt

ALLGEMEINES

§ 1

Einberufung zu den Sitzungen

- (1) Die Verbandsversammlung wird vom Verbandsvorsteher oder seinem Stellvertreter nach Bedarf zu einer Sitzung einberufen. Die Verbandsversammlung soll mindestens einmal jährlich tagen.
- (2) Die Verbandsversammlung ist unverzüglich zu einer Sitzung einzuberufen, wenn es von einem oder mehreren Verbandsmitgliedern, die mindestens ein Viertel der Stimmen in der Verbandsversammlung auf sich vereinigen, unter Angabe des Beratungsgegenstandes schriftlich beantragt wird. Dies gilt nicht, wenn die Verbandsversammlung den gleichen Gegenstand innerhalb der letzten sechs Monate bereits beraten hat.
- (3) Sind der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter nicht mehr im Amt oder nicht nur vorübergehend verhindert, so lädt der älteste Vertreter in der Verbandsversammlung zur Sitzung ein.

§ 2

Form und Frist der Einladung

- (1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden schriftlich oder elektronisch unter Mitteilung der Tagesordnung, des Ortes und der Zeit der Sitzung eingeladen.
- (1a) Der Verbandsvorsteher entscheidet im Rahmen des Absatzes 1 über die Form und Übermittlung der Einladung. Die Mitglieder der Verbandsversammlung, die über die technischen Voraussetzungen des Versendens und Empfangens elektronischer Post verfügen, können dem Verbandsvorsteher schriftlich oder elektronisch eine E-Mail-Adresse mitteilen, an die Einladungen im Sinne des Absatzes 1 übersendet werden können. Der Empfänger ist dafür verantwortlich, dass unbefugte Dritte keinen Zugriff auf Einladungen und der Schweigepflicht unterfallende Sitzungsunterlagen nehmen können. Werden mehrere E-Mail-Adressen angegeben, an die Einladungen im Sinne des Absatzes 1 elektronisch übersendet werden können, ist dem Verbandsvorsteher außerdem mitzuteilen, welche der angegebenen E-Mail-Adressen die Hauptadresse ist, an die im Zweifel die Einladung rechtsverbindlich erfolgt.
- (2) Zwischen dem Zugang der Einladung und der Sitzung müssen mindestens vier volle Kalendertage liegen. Sofern eine Entscheidung nicht ohne Nachteil für den Zweckverband aufgeschoben werden kann (Dringlichkeit), kann die Einladungsfrist verkürzt werden, höchstens jedoch bis auf 24 Stunden vor Beginn der Sitzung, soweit die öffentliche Bekanntmachung gemäß § 4 sichergestellt ist. Auf die

Verkürzung der Frist ist in der Einladung besonders hinzuweisen. Die Dringlichkeit ist von der Verbandsversammlung vor Eintritt in die Tagesordnung festzustellen.

- (3) Vertreter in der Verbandsversammlung, die verhindert sind, an der Sitzung teilzunehmen, sollen dies dem Vorsitzenden rechtzeitig vor der Sitzung mitteilen.
- (4) Eine Verletzung von Form und Frist der Einladung eines Vertreters gilt als geheilt, wenn dieser Vertreter zu der Sitzung erscheint oder gegenüber dem Vorsitzenden bis zu Beginn der Sitzung schriftlich oder elektronisch an die vom Vorsitzenden mitgeteilte E-Mail-Adresse erklärt, die Form- und Fristverletzung nicht geltend zu machen.
- (5) Erweist es sich auf Grund besonderer unvorhergesehener Umstände als notwendig, den Beginn der Sitzung ohne Änderung des Sitzungstags vor- oder zurückzulegen, so ist eine solche Verlegung ohne erneute förmliche Einladung nur zulässig, wenn
 1. der Beginn der Sitzung um höchstens drei Stunden verlegt wird,
 2. alle Vertreter und bei öffentlicher Sitzung auch die Öffentlichkeit rechtzeitig darüber unterrichtet werden können.Unter den Voraussetzungen von Satz 1 Nr. 2 ist auch die Verlegung der Sitzung in ein anderes Gebäude zulässig.

§ 3

Tagesordnung

- (1) Der Verbandsvorsteher setzt im Benehmen mit den stellvertretenden Verbandsvorstehern die Tagesordnung fest. Dabei sind Angelegenheiten, die zu den Aufgaben der Verbandsversammlung gehören, in die Tagesordnung aufzunehmen, wenn dies von einem oder mehreren Verbandsmitgliedern, die mindestens ein Viertel der Stimmen in der Verbandsversammlung auf sich vereinigen, schriftlich beantragt wird; dies gilt nicht, wenn die Verbandsversammlung den gleichen Gegenstand innerhalb der letzten sechs Monate bereits beraten hat.
- (2) In der Tagesordnung sind Gegenstände, die in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten sind, gesondert aufzuführen.
- (3) Ergänzungen der Tagesordnung durch den Verbandsvorsteher können bis zum Beginn der Einladungsfrist (§ 2 Abs. 2 Satz 1) vorgenommen werden, soweit die öffentliche Bekanntmachung gemäß § 4 sichergestellt ist.
- (4) Spätere, auch nach Eröffnung der Sitzung wegen Dringlichkeit vorgeschlagene Ergänzungen der Tagesordnung und die Absetzung einzelner Beratungspunkte von der Tagesordnung können von der Verbandsversammlung mit der Mehrheit gemäß § 22 Abs. 3 dieser Geschäftsordnung beschlossen werden.
- (5) Sonstige Änderungen der Tagesordnung, insbesondere in der Reihenfolge der Beratungsgegenstände, bedürfen der Zustimmung der Verbandsversammlung.

§ 4

Bekanntmachung der Sitzungen

- (1) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Verbandsversammlung sind gemäß § 12 der Verbandsordnung öffentlich bekannt zu machen. Für die Tagesordnung nichtöffentlicher Sitzungen gilt dies nur insoweit, als dadurch der Zweck der Nichtöffentlichkeit nicht gefährdet wird; diese Tagesordnungspunkte werden daher nur allgemein bezeichnet (z. B. Personalangelegenheiten, Grundstücksangelegenheiten, Abgabenangelegenheiten). Beschließt die Verbandsversammlung, einzelne Tagesordnungspunkte, die gemäß Satz 2 zur Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung bekannt gemacht worden sind, in öffentlicher Sitzung zu behandeln, braucht diese Änderung nicht mehr öffentlich bekannt gemacht zu werden.
- (2) Örtliche Vertreter der Presse sollen mit der Bekanntmachung nach Absatz 1 über die Einberufung der Sitzung und in geeigneter Weise über die Beratungsgegenstände der öffentlichen Sitzung unterrichtet werden.

§ 5

Öffentlichkeit der Sitzungen

- (1) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist oder die Beratung in nicht öffentlicher Sitzung aus Gründen des Gemeinwohls oder wegen schutzwürdiger Interessen Einzelner erforderlich ist.
- (2) Die Öffentlichkeit ist bei der Beratung und Entscheidung über folgende Beratungsgegenstände grundsätzlich ausgeschlossen:
 1. Personalangelegenheiten einzelner Mitarbeiter des Zweckverbandes,
 2. Abgabensachen einzelner Abgabenschlichter,
 3. persönliche Angelegenheiten der Einwohner,
 4. Zustimmung zur Festsetzung eines Ordnungsgeldes (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 KomZG i. V. m. § 19 Abs. 3 GemO),
 5. Vorliegen eines Ausschlussgrundes (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 KomZG i. V. m. § 22 Abs. 5 GemO),
 6. Ausschluss aus der Verbandsversammlung (§ 7 Abs. 1 Nr. 6 KomZG i. V. m. § 31 GemO),
 7. Angelegenheiten, in denen das öffentliche Wohl, insbesondere wichtige Belange des Bundes, des Landes, des Landkreises, der Verbandsgemeinde oder des Zweckverbandes ernsthaft gefährdet werden können; dazu gehören stets Angelegenheiten, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten sind.
- (3) Insbesondere bei folgenden Beratungsgegenständen kann ein Ausschluss der Öffentlichkeit geboten sein:

1. Rechtsstreitigkeiten, an denen der Zweckverband beteiligt ist,
 2. Grundstücksangelegenheiten,
 3. Vergabe von Aufträgen.
- (4) Über Anträge, einen Beratungsgegenstand entgegen der Tagesordnung in öffentlicher oder nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln, wird in nicht öffentlicher Sitzung beraten und entschieden.
- (5) Die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse sind der Öffentlichkeit unverzüglich bekannt zu geben, sofern nicht Gründe des Gemeinwohls oder schutzwürdige Interessen Einzelner dem entgegenstehen.
- (6) Bei Naturkatastrophen oder sofern andere außergewöhnliche Notsituationen dies erfordern, dürfen Beschlüsse in einem schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren oder mittels Video- oder Telefonkonferenzen gefasst werden, wenn bei Umlaufverfahren kein Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung einem solchen Verfahren widerspricht und bei Video- oder Telefonkonferenzen die Mehrheit der Vertreter der Verbandsmitglieder gemäß § 22 Abs. 3 dieser Geschäftsordnung einem solchen Verfahren zustimmt. Die Verbandsversammlung ruft in ihrer nächsten Präsenzsitzung die im Umlaufverfahren gefassten Beschlüsse auf und kann diese aufheben, soweit nicht bereits Rechte Dritter entstanden sind. Bei Video- und Telefonkonferenzen ist der Öffentlichkeit auf elektronischem Weg die Teilnahme zu ermöglichen, sofern keine Gründe im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 entgegenstehen.

§ 6

Digitale Sitzungsteilnahme

- (1) Sitzungen der Verbandsversammlung sind grundsätzlich in Präsenzform durchzuführen. Sofern der Sitzungsort aufgrund seiner räumlichen und technischen Gegebenheit eine Zuschaltung mittels Ton- und Bildübertragung nicht oder nur mittels unverhältnismäßig hoher Kosten und Anstrengungen zulässt, ist eine Teilnahme nur in Präsenzform möglich. Ob ein Fall des Absatzes 1 Satz 2 vorliegt, entscheidet der Vorsitzende.
- (2) Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung können an Sitzungen der Verbandsversammlung mittels Bild- und Tonübertragung teilnehmen, sofern sie aus wichtigen familiären oder beruflichen Gründen an einer Teilnahme in Präsenz verhindert sind. Solche wichtigen Gründe sind insbesondere:
1. Krankheit
 2. Familiäre Aufgaben wie die Betreuung eines Kindes oder die Pflege von Angehörigen
 3. Berufsbedingte Abwesenheiten

Eine Teilnahme mittels Bild- und Tonübertragung ist nicht möglich für den Vorsitzenden sowie in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2.

(3) Eine Teilnahme mittels Ton- und Bildübertragung ist nicht möglich bei:

1. konstituierenden Sitzungen der Versammlung
2. bei erstmaliger Teilnahme an einer Sitzung der Versammlung
3. Satzungsbeschlüssen
4. Wahlen

Die fehlende Möglichkeit zur Teilnahme in den Ziffern 3 bis 4 des Absatzes 3 betrifft ausschließlich die Wahl- bzw. Abstimmungshandlung. Bei Feststellung der Beschlussfähigkeit nach § 9 vor dem Eintritt in die Wahl- oder Abstimmungshandlung ist der Vertreter des Verbandsmitglieds in der Versammlung, das nach Absatz 3 Satz 1 Ziff. 3 bis 4 an der Wahl- oder Abstimmungshandlung gehindert ist, als nicht anwesend anzusehen.

- (4) Die Teilnahme an einer Sitzung durch Zuschaltung per Bild- oder Tonübertragung ist unter Angabe des wichtigen Grundes im Sinne des Absatzes 2 der in der Einladung für diesen Fall angegebenen Adresse bis zum dritten Tag vor der Sitzung schriftlich oder auf elektronischem Weg anzuzeigen.
- (5) Die zugeschalteten Vertreter des Verbandsmitglieds in der Versammlung haben sicherzustellen, dass im nicht-öffentlichen Teil keine weiteren Personen die Sitzung verfolgen können; § 7 Abs. 1 Nr. 3 KomZG i.V.m. § 20 Abs. 2 der Gemeindeordnung gelten entsprechend.
- (6) Anhörungen nach § 7 Abs. 1 Nr. 6 KomZG i.V.m. § 34 Abs. 2 GemO können durch Zuschaltung der anzuhörenden Person per Bild- und Tonübertragung durchgeführt werden.
- (7) Der Vorsitzende stellt zu Beginn der Sitzung durch namentliche Nennung für das Protokoll fest, welche Vertreter der Verbandsmitglieder in der Versammlung durch Zuschaltung mittels Bild- und Tonübertragung an der Sitzung teilnehmen. Die zugeschalteten Vertreter der Verbandsmitglieder in der Versammlung stimmen nach namentlichem Aufruf durch den Vorsitzenden ab.
- (8) Die Regelungen zum Datenschutz sind einzuhalten.
- (9) Es ist sicherzustellen, dass sich der Vorsitzende, die vor Ort anwesenden Vertreter der Verbandsmitglieder in der Versammlung und die mittels Ton- und Bildübertragung teilnehmenden Vertreter der Verbandsmitglieder in der Versammlung gegenseitig optisch und akustisch wahrnehmen können. Weiter muss die Öffentlichkeit die zugeschalteten Beiträge wahrnehmen können. Bei technisch bedingten Störungen der Wahrnehmbarkeit, die nachweislich im Verantwortungsbereich des Zweckverbandes liegen, darf die Sitzung nicht fortgesetzt bzw. begonnen werden. Sonstige Störungen sind unbeachtlich, sie haben insbesondere keine Auswirkungen auf die Wirksamkeit eines ohne den betroffenen Vertreter des Verbandsmitglieds in der Versammlung gefassten Beschlusses. § 6 Abs. 3 der Verbandsordnung bleibt unberührt.

§ 7

Teilnahme weiterer Personen an den Sitzungen

- (1) An den Sitzungen der Verbandsversammlung können auf Veranlassung des Verbandsvorstehers oder der stellvertretenden Verbandsvorsteher Mitarbeiter des Zweckverbandes und Mitarbeiter der Verbandsmitglieder teilnehmen. Dies gilt auch für Mitarbeiter des gemeindlichen Forstbetriebs.
- (2) Die Verbandsversammlung kann beschließen, zu bestimmten Beratungsgegenständen Sachverständige und Vertreter berührter Bevölkerungsteile zu hören; sie kann einzelne Beratungsgegenstände mit ihnen auch erörtern. Wird eine Anhörung von einem oder mehreren Verbandsmitgliedern, die mindestens ein Viertel der Stimmen in der Verbandsversammlung auf sich vereinigen, beantragt, so ist sie durchzuführen, sofern nicht zum gleichen Beratungsgegenstand innerhalb der letzten zwölf Monate eine Anhörung stattgefunden hat. Der Verbandsvorsteher kann bei Bedarf von sich aus zu bestimmten Beratungsgegenständen Sachverständige einladen, wenn die Angelegenheit, zu der sie angehört werden sollen, in die Tagesordnung der betreffenden Sitzung aufgenommen ist oder wenn die Entscheidung über den Beratungsgegenstand nicht ohne Nachteil für den Zweckverband bis zur übernächsten Sitzung der Verbandsversammlung hinausgeschoben werden kann. Sachverständige können an nichtöffentlichen Sitzungen nur teilnehmen, wenn sie sich zuvor zur Verschwiegenheit verpflichtet haben.
- (3) Die Ordnungsbefugnisse des Vorsitzenden nach § 7 Abs. 1 Nr. 6 KomZG i. V. m. § 38 GemO bestehen auch gegenüber den in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Personen, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist.

§ 8

Schweige- und Treuepflicht

- (1) Teilnehmer an den Sitzungen der Verbandsversammlung unterliegen nach Maßgabe des § 7 Abs. 1 Nr. 3 KomZG i. V. m. § 20 Abs. 1 GemO der Schweigepflicht.
- (2) Die Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung haben eine besondere Treuepflicht gegenüber dem Zweckverband. Sie dürfen Ansprüche oder Interessen Dritter gegen den Zweckverband oder die ihm angehörenden Körperschaften nicht vertreten, es sei denn, dass sie als gesetzliche Vertreter handeln.
- (3) Verletzt ein Vertreter in der Verbandsversammlung die Schweigepflicht oder die Treuepflicht, so kann ihm der Verbandsvorsteher mit Zustimmung der Verbandsversammlung ein Ordnungsgeld bis zu fünfhundert Euro auferlegen (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 KomZG i. V. m. § 20 Abs. 2 und § 21 Abs. 3 i. V. m. § 19 Abs. 3 GemO).

§ 9

Beschlussfähigkeit der Versammlung

Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn bei der Beschlussfassung mehr als die Hälfte der Vereinsmitglieder und mehr als die Hälfte der Stimmen vertreten sind.

§ 10

Ausschluss von der Beratung und Entscheidung

(1) Ein Vertreter eines Vereinsmitglieds darf an der Beratung und Entscheidung einer Angelegenheit nicht mitwirken,

1. wenn die Entscheidung ihm selbst, einem seiner Angehörigen im Sinne des Absatzes 2 oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann oder
2. wenn er zu dem Beratungsgegenstand in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist oder
3. wenn er
 - a) bei einer natürlichen oder juristischen Person oder einer Vereinigung gegen Entgelt beschäftigt ist oder
 - b) bei einer juristischen Personen als Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organs tätig ist, sofern er diesem Organ nicht als Vertreter des Zweckverbandes angehört, oder
 - c) Gesellschafter einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts oder Vorstandsmitglied eines nichtrechtsfähigen Vereins ist

und die unter den Buchstaben a bis c Bezeichneten ein unmittelbares persönliches oder wirtschaftliches Interesse an der Entscheidung haben. Satz 1 Nr. 3 Buchstabe a gilt nicht, wenn nach den tatsächlichen Umständen der Beschäftigung anzunehmen ist, dass der Betroffene sich deswegen nicht in einem Interessenwiderstreit befindet.

(2) Angehörige im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 sind:

1. Ehegatten,
2. eingetragene Lebenspartner,
3. Verwandte bis zum dritten Grade,
4. Ehegatten oder eingetragene Lebenspartner der Verwandten bis zum zweiten Grade,
5. Schwäger bis zum zweiten Grade.

Die Angehörigengemeinschaft nach Satz 1 dauert fort, auch wenn die sie begründende Ehe oder eingetragene Lebenspartnerschaft nicht mehr besteht.

- (3) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten nicht für Wahlen. Sie finden auch dann keine Anwendung, wenn ein Vertreter lediglich als Angehöriger einer Berufsgruppe oder eines Bevölkerungsteils, deren gemeinsame Belange berührt werden, betroffen ist.
- (4) Ein Vertreter, bei dem ein Ausschließungsgrund vorliegt oder möglicherweise vorliegen kann, hat dies dem Vorsitzenden unaufgefordert vor Beginn der Beratung mitzuteilen. Das gleiche gilt für Vertreter, denen Tatsachen über das Vorliegen von Ausschließungsgründen bei anderen Sitzungsteilnehmern bekannt sind. In Zweifelsfällen entscheidet die Verbandsversammlung in nichtöffentlicher Sitzung nach Anhörung der Betroffenen und in ihrer Abwesenheit, ob ein Ausschließungsgrund vorliegt.
- (5) Der Vertreter eines Verbandsmitglieds, bei dem ein Ausschließungsgrund vorliegt, hat den Beratungstisch zu verlassen. Er ist berechtigt, sich bei einer öffentlichen Sitzung in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraums aufzuhalten; bei nichtöffentlicher Sitzung hat er den Sitzungsraum zu verlassen.
- (6) Ein Beschluss ist unwirksam, wenn er unter Mitwirkung einer nach Absatz 1 ausgeschlossenen Person ergangen ist oder wenn eine mitwirkungsberechtigte Person ohne einen Ausschließungsgrund gemäß Absatz 4 Satz 3 von der Beratung oder Entscheidung ausgeschlossen wurde. Er gilt jedoch als von Anfang an wirksam, wenn nicht innerhalb von drei Monaten seine Ausführung vom Verbandsvorsteher ausgesetzt oder er von der Aufsichtsbehörde beanstandet wird. Der ausgesetzte oder beanstandete Beschluss ist unverzüglich unter Vermeidung des Fehlers, der zur Aussetzung oder Beanstandung geführt hat, zu wiederholen.
- (7) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 6 gelten ebenfalls für alle Personen, die gemäß § 6 an der Sitzung teilnehmen.

2. Abschnitt

DER VERBANDSVORSTEHER UND SEINE BEFUGNISSE

§ 11

Vorsitz in der Verbandsversammlung

- (1) Den Vorsitz in der Verbandsversammlung führt der Verbandsvorsteher; in seiner Vertretung führen ihn die Stellvertreter in der Reihenfolge ihrer Vertretungsbefugnis (7 Abs. 2 Verbandsordnung).
Bei Verhinderung des Verbandsvorstehers und seiner Stellvertreter soll der älteste anwesende Vertreter eines Verbandsmitglieds den Vorsitz führen. Verzichtet der

älteste anwesende Vertreter auf den Vorsitz, so wählt die Versammlung aus ihrer Mitte den Vorsitzenden.

- (2) Der Vorsitzende eröffnet und schließt die Sitzung, leitet die Verhandlungen, sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und übt das Hausrecht aus.

§ 12

Ordnungsbefugnisse

- (1) Der Vorsitzende kann Vertreter eines Verbandsmitglieds bei grober Ungebühr oder bei Verstoß gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung zur Ordnung rufen. Nach dreimaligem Ordnungsruf kann er Vertreter von der Sitzung ausschließen; der ausgeschlossene Vertreter hat auf Aufforderung des Vorsitzenden den Sitzungsraum zu verlassen. In schweren Fällen kann der Ausschluss auch für mehrere, höchstens jedoch für drei Sitzungen ausgesprochen werden, sofern nicht Absatz 2 anzuwenden ist.
- (2) Verlässt ein ausgeschlossener Vertreter eines Verbandsmitglieds trotz Aufforderung durch den Vorsitzenden den Sitzungsraum nicht, so hat die dahingehende Feststellung des Vorsitzenden ohne weiteres den Ausschluss von den nächsten drei Sitzungen zur Folge.
- (3) Gegen die Ausschlussverfügung des Vorsitzenden ist Einspruch bei der Verbandsversammlung zulässig. Der Einspruch ist innerhalb von 14 Tagen beim Vorsitzenden einzulegen; er hat keine aufschiebende Wirkung. Über den Einspruch entscheidet die Verbandsversammlung in der nächsten Sitzung.
- (4) Der Ausschluss von den Sitzungen der Verbandsversammlung hat den Ausschluss von allen Ausschusssitzungen zur Folge, die in der Zeit bis zur letzten Sitzung der Verbandsversammlung, von der der betroffene Vertreter ausgeschlossen ist, stattfinden.
- (5) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Personen, die mit beratender Stimme oder gemäß § 6 an den Sitzungen teilnehmen, soweit sie der Ordnungsbefugnis des Vorsitzenden unterliegen.

§ 13

Ausübung des Hausrechts

Der Vorsitzende kann Zuhörer, die trotz Verwarnung Beifall oder Missbilligung äußern, Ordnung oder Anstand verletzen oder versuchen, die Beratung oder Entscheidung zu beeinflussen, aus dem Sitzungsraum verweisen und bei Weigerung zwangsweise entfernen lassen. Lässt sich ein Zuhörer erhebliche oder wiederholte Störungen zuschulden kommen, kann der Vorsitzende ihn auf bestimmte Zeit vom Zutritt zu den Sitzungen der Verbandsversammlung und der Ausschüsse ausschließen.

3. Abschnitt

ANTRÄGE IN DER SITZUNG

§ 14

Allgemeines

- (1) Anträge sind nur zulässig, wenn die Verbandsversammlung für den Gegenstand der Beschlussfassung zuständig ist.
- (2) Antragsberechtigt sind der Vorsitzende, jeder Vertreter eines Verbandsmitglieds und jedes Verbandsmitglied. Von mehreren Vertretern und/oder Verbandsmitgliedern können gemeinsame Anträge gestellt werden.
- (3) Jeder Antrag ist vom Antragsteller (Absatz 2) oder vom Vorsitzenden, im Falle des Beschlussvorschlages eines Ausschusses von dessen Vorsitzenden oder von einem vom Ausschuss beauftragten Mitglied, vorzutragen und zu begründen.

§ 15

Sachanträge

- (1) Sachanträge sind auf die inhaltliche Erledigung des Beratungsgegenstandes gerichtet.
- (2) Anträge, die im Falle ihrer Annahme mit Ausgaben verbunden sind, die im Haushaltsplan nicht eingestellt sind oder die eine Erhöhung der Haushaltsansätze zur Folge haben würden, müssen gleichzeitig einen rechtlich zulässigen und tatsächlich durchführbaren Deckungsvorschlag enthalten. Dies gilt auch für Anträge, mit denen Einnahmeausfälle verbunden sind.

§ 16

Anträge zur Tagesordnung, Dringlichkeitsanträge

- (1) Anträge zur Ergänzung der Tagesordnung müssen, Anträge zur sonstigen Änderung der Tagesordnung sollen nach der Eröffnung der Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung gestellt werden.
- (2) Die Verbandsversammlung beschließt über die Ergänzung der Tagesordnung um Gegenstände, deren Beratung und Entscheidung wegen Dringlichkeit beantragt worden ist. Bei der Aussprache hierüber darf auf den sachlichen Inhalt des Beratungsgegenstandes nur insoweit eingegangen werden, als es für die Beurteilung der Dringlichkeit erforderlich ist.

§ 17

Änderungs-, Ergänzungs- und Überweisungsanträge

- (1) Zu den Beratungsgegenständen können Änderungs- und Ergänzungsanträge gestellt oder es kann beantragt werden, dass ein Antrag an einen Ausschuss zur Beratung überwiesen oder eine Ausschussvorlage zur nochmaligen Prüfung der Sache an einen Ausschuss zurücküberwiesen wird. Wird die Überweisung oder Zurücküberweisung an einen Ausschuss beschlossen, so ist die Angelegenheit nach der Behandlung im Ausschuss erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Verbandsversammlung zu setzen, soweit der Ausschuss nicht zur abschließenden Entscheidung ermächtigt ist.
- (2) Die Verbandsversammlung kann beschließen, Angelegenheiten nach Beratung zu vertagen. In diesem Fall hat der Vorsitzende diese erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

§ 18

Anträge zur Geschäftsordnung

- (1) Der Vorsitzende und die Vertreter der Verbandsmitglieder haben das Recht, jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung zu stellen und Abweichungen von der Geschäftsordnung zu beanstanden. Dies geschieht durch den Zuruf: "Zur Geschäftsordnung". Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort zu beraten und zu beschließen.
- (2) Während der Beratung eines Gegenstandes kann jederzeit "Schluss der Beratung" beantragt werden. Ein solcher Antrag kann nicht von einem Vertreter gestellt werden, der bereits zur Sache gesprochen hat. Über den Antrag kann erst abgestimmt werden, wenn jedes Verbandsmitglied und jeder Vertreter, der sich bis zum Antrag auf „Schluss der Beratung“ zu Wort gemeldet hat, Gelegenheit hatten, sich zur Sache zu äußern.

4. Abschnitt

ANFRAGEN

§ 19

Anfragen

- (1) Jeder Vertreter eines Verbandsmitglieds ist berechtigt, in allen Angelegenheiten des Zweckverbandes und seiner Verwaltung schriftliche oder in der Sitzung mündliche Anfragen an den Vorstandsvorsitzer zu richten. Anfragen zu Vorgängen, für die eine besondere Geheimhaltung vorgeschrieben ist oder bei denen überwiegende

schutzwürdige Interessen Betroffener entgegenstehen, werden nicht beantwortet; der Verbandsvorsteher weist den anfragenden Vertreter hierauf besonders hin.

- (2) Schriftliche Anfragen werden vom Verbandsvorsteher schriftlich beantwortet, sofern nicht der anfragende Vertreter beantragt, dass die Beantwortung mündlich in der nächsten Sitzung erfolgt.
- (3) Für die mündliche Beantwortung von Anfragen in der Versammlung gelten folgende Grundsätze:
 - a) Der Verbandsvorsteher kann die beantragte mündliche Beantwortung einer schriftlichen Anfrage auf die nächste Sitzung der Versammlung verschieben, wenn die Anfrage nicht mindestens drei Arbeitstage vor dem Sitzungstag vorgelegt hat. Entsprechendes gilt, wenn eine mündliche Anfrage in der Sitzung nicht beantwortet werden kann. Der anfragende Vertreter kann beantragen, dass anstelle einer Verschiebung der Beantwortung auf die nächste Sitzung die Anfrage schriftlich beantwortet wird.
 - b) Die Beantwortung der Anfragen erfolgt in der Regel am Ende der öffentlichen Sitzung. Soweit durch Anfragen Angelegenheiten berührt werden, die von der Behandlung in öffentlicher Sitzung ausgeschlossen sind, werden sie am Ende der nichtöffentlichen Sitzung beantwortet.
 - c) Vor der Beantwortung wird dem anfragenden Vertreter auf Wunsch zur Begründung seiner Anfrage das Wort erteilt. Nach der Beantwortung kann der anfragende Vertreter eine mit der Anfrage im Zusammenhang stehende Zusatzfrage stellen.
 - d) Eine Aussprache über die Anfrage und ihre Beantwortung findet nicht statt. Sachbeschlüsse können nicht gefasst werden.

5. Abschnitt

DURCHFÜHRUNG DER SITZUNG, ABSTIMMUNGEN, WAHLEN

§ 20

Eröffnung und Ablauf der Sitzung

- (1) Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt vor Eintritt in die Tagesordnung die Ordnungsmäßigkeit der ergangenen Einladung und die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest. Sodann wird über Anträge zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung beschlossen. Ist die Einladungsfrist verkürzt worden, so hat die Versammlung zunächst die Dringlichkeit der Sitzung festzustellen.
- (2) Ergeben sich im Verlauf der Sitzung Zweifel darüber, ob die Versammlung noch beschlussfähig ist, so hat der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit erneut

festzustellen. Dies gilt insbesondere, wenn Vertreter der Verbandsmitglieder wegen Ausschlussgründen (§ 10) an der Beratung und Entscheidung nicht teilnehmen können.

- (3) Die Beratungsgegenstände werden in der Reihenfolge der Tagesordnung behandelt, wie sie nach § 3 festgesetzt wurde, soweit nicht Änderungen nach § 16 zu berücksichtigen sind.
- (4) Der Vorsitzende kann die Sitzung kurzfristig unterbrechen. Auf Antrag eines oder mehrerer Verbandsmitglieder, die mindestens ein Viertel der Stimmen in der Verbandsversammlung auf sich vereinigen, ist die Sitzung kurzfristig zu unterbrechen.

§ 21

Redeordnung

- (1) Der Vorsitzende erteilt, soweit er nicht selbst berichtet oder einen Antrag stellt, zunächst dem Berichterstatter oder dem Antragsteller das Wort. Im Übrigen wird den Vertretern der Verbandsmitglieder und den Personen, die mit beratender Stimme an der Sitzung teilnehmen, das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen erteilt; Vertreter, die Anträge "Zur Geschäftsordnung" oder auf "Schluss der Beratung" (§ 18) stellen wollen, erhalten sofort das Wort. Der Vorsitzende kann von der Reihenfolge der Wortmeldungen abweichen, wenn dies zur Wahrung des Sachzusammenhangs geboten erscheint. Den Berichterstattern und Antragstellern ist, wenn Irrtümer über Tatsachen zu berichtigen oder sonstige Klarstellungen erforderlich sind, auch außerhalb der Reihenfolge das Wort zu erteilen.
- (2) Wortmeldungen sind deutlich (z. B. durch Erheben einer Hand) anzuzeigen. Wenn gleichzeitig mehrere Wortmeldungen erfolgen, entscheidet der Vorsitzende, wer zuerst spricht.
- (3) Die Ausführungen sind auf das sachlich Gebotene zu beschränken. Die Verbandsversammlung kann zu bestimmten Gegenständen der Tagesordnung vor Beginn der Beratungen eine Redezeit festsetzen.
- (4) Ein Vertreter soll zu demselben Beratungsgegenstand grundsätzlich nur einmal sprechen. Mit Zustimmung des Vorsitzenden kann ein Vertreter auch öfter das Wort ergreifen; die Gleichbehandlung der Mitglieder ist zu gewährleisten.
- (5) Der Vorsitzende kann, soweit es für den förmlichen Ablauf der Sitzung und zur Handhabung der Ordnung erforderlich ist, jederzeit das Wort ergreifen. Das Wort zur Sache kann er nur am Schluss der Ausführungen eines Vertreters eines Verbandsmitglieds ergreifen.
- (6) Der Vorsitzende kann Redner, die vom Beratungsgegenstand abweichen, "Zur Sache" rufen. Ist ein Redner dreimal bei derselben Rede „Zur Sache“ gerufen worden, so kann ihm der Vorsitzende das Wort entziehen. Nach dem zweiten Ruf „Zur Sache“ hat der Vorsitzende den Redner auf diese Folge hinzuweisen.

- (7) Liegen keine Wortmeldungen mehr vor, kann der Antragsteller oder der Berichterstatter noch einmal das Wort erhalten. Danach wird die Beratung geschlossen und abgestimmt.

§ 22

Beschlussfassung

- (1) Die Beschlussfassung setzt voraus
1. eine Vorlage des Verbandsvorstehers oder eines Ausschusses mit einem bestimmten Antrag oder einer Beschlussempfehlung oder
 2. einen abstimmungsfähigen Antrag im Sinne des 3. Abschnitts (§ 14 bis 18).
- (2) Der Vorsitzende leitet die Beschlussfassung damit ein, dass er den endgültigen Beschlusswortlaut verliest oder auf die vorliegenden Unterlagen verweist.
- (3) Die Beschlüsse der Versammlung werden mit der Mehrheit von mindestens 77 Stimmen gefasst (§ 6 Abs. 3 der Verbandsordnung), soweit nicht nach gesetzlichen Vorschriften eine andere Mehrheit erforderlich ist.
- (4) Der Vorsitzende stellt die Zahl der Stimmen fest, die dem Antrag zustimmen, den Antrag ablehnen oder sich der Stimme enthalten. Ergeben sich dabei Zweifel, ist die Abstimmung zu wiederholen. Wird einem Antrag auf entsprechende Frage des Vorsitzenden nicht widersprochen, kann der Vorsitzende ohne förmliche Abstimmung die Annahme des Antrags feststellen. Die Stimmen eines Mitgliedes können nur einheitlich abgegeben werden. Die Ausübung des Stimmrechts eines Vertreters in der Versammlung kann auf einen anderen Vertreter desselben Mitglieds übertragen werden.

§ 23

Reihenfolge der Abstimmung

- (1) Über Anträge wird in folgender Reihenfolge abgestimmt:
1. Absetzung von der Tagesordnung,
 2. Vertagung,
 3. Überweisung oder Rücküberweisung an einen Ausschuss,
 4. Schluss der Beratung,
 5. sonstige Anträge.
- (2) Im Übrigen ist über den weitergehenden Antrag zuerst abzustimmen. Gehen Anträge gleich weit, hat der zuerst eingebrachte Antrag Vorrang.
- (3) Über Änderungsanträge ist vor den Hauptanträgen abzustimmen.

- (4) Ergeben sich Meinungsverschiedenheiten über die Reihenfolge der Anträge, so entscheidet die Verbandsversammlung.

§ 24

Wahlen

- (1) Wahlen sind alle Beschlüsse der Verbandsversammlung, die die Auswahl oder die Bestimmung einer oder mehrerer Personen zum Gegenstand haben. Beschlüsse nach § 7 Abs. 1 Nr. 6 KomZG i.V.m. § 47 Abs. 2 Satz 2 GemO sind keine Wahlen.
- (2) Wahlen erfolgen in öffentlicher Sitzung im Wege offener Abstimmung.
- (3) Es können nur solche Personen gewählt werden, die der Verbandsversammlung vor der Wahl vorgeschlagen worden sind. Stimmen, die für nicht vorgeschlagene Personen abgegeben werden, sind ungültig.
- (4) Wurden mehrere Wahlvorschläge gemacht, ist gewählt, wer mindestens 77 Stimmen erhält (§ 22 Abs. 3). Erhält beim ersten Wahlgang niemand diese Stimmenmehrheit, so ist die Wahl zu wiederholen. Erhält auch beim zweiten Wahlgang niemand mindestens 77 Stimmen, so findet zwischen den beiden Personen, die die höchste Stimmenzahl erreicht haben, eine Stichwahl statt (dritter Wahlgang). Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, wer in die Stichwahl kommt. Der dritte Wahlgang findet auch dann statt, wenn nur zwei Bewerber vor der Wahl vorgeschlagen worden sind und im ersten und zweiten Wahlgang keiner mindestens 77 Stimmen erhalten hat.
- (5) Wurde für die Wahl nur eine Person vorgeschlagen und hat diese im ersten Wahlgang nicht mindestens 77 Stimmen erhalten, ist die Wahl zu wiederholen (zweiter Wahlgang). Erhält die Person auch hierbei nicht die erforderliche Stimmenmehrheit, ist sie abgelehnt. Die Verbandsversammlung kann in derselben Sitzung auf Grund neuer Wahlvorschläge eine neue Wahl durchführen; die abgelehnte Person kann erneut vorgeschlagen werden.
- (6) Die Verbandsversammlung kann vor jedem Wahlgang beschließen, die Sitzung für eine bestimmte Zeit, auch für mehrere Tage, zu unterbrechen oder die Wahl zu vertagen. In diesem Fall wird die Wahl, bei einer Unterbrechung in der gleichen Sitzung, bei einer Vertagung in die folgende Sitzung, von der Stufe an fortgesetzt, bei der die Unterbrechung oder Vertagung erfolgt ist. Die Wahl kann abgebrochen werden, wenn die Verbandsversammlung mit mindestens 77 Stimmen die Absetzung der Wahl von der Tagesordnung beschließt; in diesem Fall wird die Wahl in der nächsten Sitzung auf der Grundlage neuer Wahlvorschläge durchgeführt.
- (7) Im Übrigen gilt § 22 entsprechend.

§ 25

Niederschrift

- (1) Über jede Sitzung der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen. Sie muss enthalten:
 1. Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung,
 2. Namen des Vorsitzenden, der anwesenden Vertreter der Verbandsmitglieder, des Schriftführers und der sonstigen Sitzungsteilnehmer,
 3. Namen fehlender Vertreter der Verbandsmitglieder,
 4. Tagesordnung,
 5. Form der Beratung (öffentlich/nichtöffentlich) über die einzelnen Beratungsgegenstände,
 6. Wortlaut der Beschlüsse und Ergebnis der Abstimmungen.
 7. Namen der Vertreter, die von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen waren,
 8. sonstige wesentliche Vermerke über den Ablauf der Sitzung (z. B. Unterbrechung, Ordnungsmaßnahmen).
- (2) Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und einem von ihm bestellten Schriftführer zu unterzeichnen.
- (3) Jeder Vertreter kann vor oder nach der Beschlussfassung verlangen, dass seine abweichende Meinung oder der Inhalt seiner persönlichen Erklärung zu einem Beschluss in der Niederschrift vermerkt wird, sofern die abweichende Meinung oder die persönliche Erklärung vor der Beschlussfassung geäußert wurde.
- (4) Die Niederschrift über öffentliche Sitzungen soll jedem Ratsmitglied spätestens einen Monat nach der Sitzung schriftlich oder elektronisch zugeleitet werden; § 2 Abs. 1a gilt sinngemäß.
- (5) Einwendungen gegen die Niederschrift sind spätestens bei der nächsten Sitzung der Verbandsversammlung vorzubringen. Werden Einwendungen erhoben, so kann die Verbandsversammlung in dieser Sitzung eine Berichtigung beschließen. An dieser Beschlussfassung können nur solche Vertreter mitwirken, die an der ursprünglichen Beschlussfassung beteiligt waren.
- (6) Der Schriftführer oder ein hierfür bestimmter Mitarbeiter der Verwaltung kann als zusätzliches Hilfsmittel zur Vorbereitung auf die Niederschrift den Ablauf der Sitzung mit Tonband aufzeichnen. Bei nichtöffentlicher Sitzung dürfen Tonaufzeichnungen zur Anfertigung der Niederschrift vorgenommen werden, wenn dies die Verbandsversammlung zu Beginn der Sitzung ausdrücklich gebilligt hat.
- (7) Sollen Tonaufzeichnungen zur Vorbereitung der Niederschrift einer öffentlichen Sitzung für archivarische Zwecke aufbewahrt werden, so kann dies nur mit ausdrücklicher Billigung der Verbandsversammlung geschehen. Der entsprechende Beschluss ist in der Niederschrift festzuhalten. Wird dies nicht beschlossen, sind die Aufzeichnungen bis zur nächsten Sitzung aufzubewahren; sodann sind sie

unverzüglich zu löschen. Die Aufbewahrung der zur Vorbereitung der Niederschrift einer nicht öffentlichen Sitzung gefertigten Tonaufzeichnung für archivarische Zwecke ist nur zulässig, wenn alle Personen, die das Wort ergriffen haben, zustimmen.

6. Abschnitt

AUSSCHÜSSE / VERBANDSVORSTEHER

§ 26

Wahl der Ausschussmitglieder und deren Stellvertreter

Die Mitglieder der Ausschüsse und ihre Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung auf Grund von Vorschlägen der Mitgliedskörperschaften in öffentlicher Sitzung gewählt (siehe auch § 8 Abs. 1 der Verbandsordnung).

§ 27

Vorsitz in den Ausschüssen

- (1) Den Vorsitz im Verbandsausschuss führt der Verbandsvorsteher (§ 7 Abs. 2 der Verbandsordnung).
- (2) Der Rechnungsprüfungsausschuss wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung einen Vorsitzenden, der Vertreter in der Verbandsversammlung sein muss.

§ 28

Einberufung zu den Sitzungen der Ausschüsse

- (1) Der Vorsitzende beruft den Ausschuss ein und setzt die Tagesordnung fest; zwischen Einladung und Sitzung müssen mindestens vier volle Kalendertage liegen. Führt der Verbandsvorsteher nicht den Vorsitz im Ausschuss, so erfolgen Einberufung und Festsetzung der Tagesordnung im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsteher.
- (2) Ist ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert, so hat es die Einladung unverzüglich an seinen Stellvertreter weiterzuleiten.

§ 29

Arbeitsweise

- (1) Der Verbandsvorsteher kann in den Sitzungen eines Ausschusses, in dem er nicht den Vorsitz führt, jederzeit das Wort ergreifen.
- (2) Im Übrigen gelten für die Ausschüsse die für die Verbandsversammlung getroffenen Bestimmungen dieser Geschäftsordnung sinngemäß.

§ 30

Aufgaben des Verbandsausschusses

Dem Verbandsausschuss werden folgende Aufgaben übertragen:

1. Die Vorbereitung der Beschlüsse der Verbandsversammlung, insbesondere über
 - a) Satzungen des Zweckverbandes,
 - b) die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan,
 - c) alle Angelegenheiten des Zweckverbandes von grundsätzlicher Bedeutung (städtebauliche Rahmenpläne, Verträge etc.)
2. Die Vergabe von Aufträgen, die Gewährung von Zuschüssen und sonstige Entscheidungen im Zusammenhang mit der Ausführung des Haushaltsplanes bis zu einem Betrag von 150.000,00 € im Einzelfall.
3. Die Verfügung über Vermögen des Zweckverbandes bis zu einer Wertgrenze von 150.000,00 €.
4. Der Abschluss von Mietverträgen oder sonstigen Verträgen über wiederkehrende Lieferungen und Leistungen bis zu einem jährlichen Mietzins bzw. jährlichen Entgelt in Höhe von 30.000,00 €.
5. Die Erteilung des Einvernehmens gemäß § 36 des Baugesetzbuches zu Bauvorhaben im Verbandsgebiet, insbesondere für Ausnahmen und Befreiungen von den Festsetzungen der Bebauungspläne gemäß § 31 des Baugesetzbuches.

§ 31

Anhörung

Die Ausschüsse können Sachverständige und Vertreter berührter Bevölkerungsteile zur Anhörung und Erörterung von Beratungsgegenständen einladen.

Die Sachverständigen können in nichtöffentlicher Sitzung nur tätig werden, wenn Sie sich zur Verschwiegenheit verpflichten.

Entstehen mit der Zuziehung von Sachverständigen nicht nur unbedeutende Kosten, so ist zuvor eine Entscheidung der Verbandsversammlung herbeizuführen. Im Übrigen gilt § 7 Abs. 3 entsprechend.

§ 32

Aufgaben des Verbandsvorstehers

Dem / der Verbandsvorsteher/in werden folgende Aufgaben übertragen:

1. Aufnahme und Umschuldung von Krediten
2. Die Vergabe von Aufträgen, die Gewährung von Zuschüssen und sonstige Entscheidungen im Zusammenhang mit der Ausführung des Haushaltsplanes bis zu einem Betrag von 30.000,00 € im Einzelfall.
3. Der Abschluss von Mietverträgen oder sonstigen Verträgen über wiederkehrende Lieferungen und Leistungen bis zu einem jährlichen Mietzins bzw. jährlichen Entgelt in Höhe von 10.000,00 €.

7. Abschnitt

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 33

Aushändigung der Geschäftsordnung

Allen Mitgliedern der Verbandsversammlung und der Ausschüsse wird diese Geschäftsordnung ausgehändigt. Eine elektronische Übermittlung ist in entsprechender Anwendung des § 2 Abs. 1a Satz 2 zulässig.

§ 34

Abweichungen von der Geschäftsordnung

Die Verbandsversammlung kann für den Einzelfall Abweichungen von der Geschäftsordnung mit der Mehrheit gemäß § 22 Abs. 3 dieser Geschäftsordnung beschließen, wenn dadurch nicht gegen Bestimmungen der Gemeindeordnung verstoßen wird.